

Rüdiger Lucassen mit sensationellem Ergebnis

Der Direktkandidat für unseren Euskirchener Bundestagswahlkreis 92, Rüdiger Lucassen, wurde am gestrigen Sonntag auf der Landeswahlversammlung der AfD-NRW auf Platz 7 der Landesliste gewählt und hat somit äußerst gute Chancen, die Interessen der Bürger seines Wahlkreises in der nächsten Legislaturperiode in [#Berlin](#) bestmöglich zu vertreten. Der Oberst a.D. und Unternehmer möchte darüber hinaus die zukünftige Bundestagsfraktion der [#AfD](#) in verteidigungspolitischen Themen und in den entsprechenden Gremien unterstützen.

Rüdiger Lucassen auf Listenplatz 7!



Am 24.09.2017 AfD wählen

euskirchen-alternativefuer.de

Alternative
für
Deutschland

SPENDEN
SIE JETZT!
FÜR UNSER
LAND

#btw17

MACHEN SIE UNS STARK

L. Bleecker u. R. Lucassen

Lucassen bedankte sich bei den Delegierten für das entgegengebrachte Vertrauen und richtete den Blick unmittelbar auf diesen Herbst:

“Nach der Wahl ist vor der Wahl. Gemeinsam mit meinen zukünftigen Kollegen in der Fraktion werde ich alles dafür tun, den Bürgern unseres Landes und meines Kreises eine echte Alternative zu bieten. Die Menschen sehnen sich nach einer verständlichen und klaren Politik, nach Sicherheit, Recht und Ordnung. Sie können die leeren und realitätsfernen Phrasen der

Altparteien nicht mehr hören. Deswegen sind wir da. Wir sind da, um wieder Politik für das Volk zu machen!“

Landesparteitag festigt Arbeitsgrundlagen

AfD NRW mit neuer Satzung

Klare Abgrenzung von radikalen Parteien

Düsseldorf, 17.11.15. Im Mittelpunkt des 11. Parteitags des Landesverbands NRW der Alternative für Deutschland am vergangenen Sonntag stand neben den Beratungen und Beschlussfassungen über eine überarbeitete Landessatzung und Geschäftsordnung auch die Verabschiedung eines umfassenden Kooperationsverbots mit radikalen Parteien und Gruppierungen an den Rändern des politischen Spektrums.

Schon die Zahl der teilnehmenden Delegierten zeigte, dass sich auch der Landesverband der jungen Partei wieder im Aufwind befindet: Derzeit gehören 3.698 Mitglieder und Förderer zur AfD NRW; monatlich gehen rund 270 Anträge auf Neumitgliedschaft ein.

Wachstum bedeutet Entwicklung, auch und gerade hinsichtlich der Regelung der innerparteilichen Zusammenarbeit. Das wurde anhand der mehrstündigen Diskussion der neuen Landessatzung deutlich, in der sich die Delegierten unter anderem auf

präzisere Definitionen der Zuständigkeiten der Parteigliederungen auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene sowie die entsprechenden Wahl- und Antragsmodalitäten einigten. Die ab dem 16.11.2015 gültige Landessatzung und Geschäftsordnung der AfD NRW stehen unter www.nrw-afd.de zum Download zur Verfügung.

An gleicher Stelle kann das nach intensiver Diskussion verabschiedete umfassende Kooperationsverbot mit Parteien oder Mandatsträgern des links- und rechtsradikalen Spektrums eingesehen werden. Anlass zu dieser definitiven Abgrenzung boten wiederholt die "Pro-Parteien", die auch in den Medien fälschlicherweise eine Nähe zur Alternative für Deutschland behaupteten. Zu den radikalen Organisationen, bei denen die AfD NRW eine Zusammenarbeit generell ablehnt, gehören außerdem die Parteien „Die Grünen“, "Die Linke" sowie die Republikaner.

Mit welchem Programm sich die AfD für ein wirtschaftlich und sozial solides, sicheres und freiheitliches Nordrhein-Westfalen einsetzt, soll im Rahmen einer umfangreichen Kommunikationskampagne ab 2016 mit den Bürgerinnen und Bürgern des Bundeslandes diskutiert werden.

[Download \(PDF, 183KB\)](#)

Euskirchener Delegierte beim XI. Landesparteitag

Mit fünf Delegierten war der Kreisverband Euskirchen vollzählig auf dem gestrigen Landesparteitag in Rommerskirchen

vertreten.



Delegierte KV Euskirchen

Es war in erster Linie ein Satzungsparteitag – nachdem die Diskussion und Verabschiedung einer verbesserten Satzung und einer Finanzordnung immer wieder wegen dringender Wahlen verschoben worden war, konnten nun beide endlich mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden.

Die Atmosphäre auf diesem Parteitag war sachlich und ergebnisorientiert. Einzig bei der Formulierung von Kriterien für einen möglichen Parteiausschluss und insbesondere bei der Frage der Abgrenzung gegenüber anderen Parteien und Gruppierungen gab es ziemlich heftige Meinungsunterschiede.

Wie am Abstimmungsverhalten deutlich wurde, sprach sich etwa eine Dreiviertelmehrheit der Delegierten dafür aus, dem Vorschlag des Landesvorstands zu folgen und klare Kooperationsverbote, insbesondere zu rechten Gruppen festzulegen. Eine Minderheit hätte sich mit Blick auf die Arbeit in den kommunalen Gremien in dieser Frage eine flexiblere Haltung gewünscht.

Trotz einer kontroversen letzten halben Stunde (die Diskussion wurde zunehmend hitzig und persönlich) war dies ein wichtiger und im Ergebnis sehr erfolgreicher Parteitag für unseren Landesverband: Auch wenn Satzungsfragen auf den ersten Blick ausgesprochen wenig spannend erscheinen, ist eine durchdachte und möglichst viele denkbare Streitfragen abdeckende Satzung doch von entscheidender Wichtigkeit für den reibungslosen Ablauf parteiinterner Vorgänge. Hier sind wir auf dem elften Landesparteitag in Rommerskirchen einen ganz wichtigen Schritt weitergekommen.

Bargeldbeschränkung NRW – AfD plant Aufklärungskampagne

Düsseldorf, 14. Juli.2015. „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ Dieser Satz stammt zwar von Jean-Claude Juncker, passt aber laut Marcus Pretzell, Sprecher der AfD NRW, ebenso gut zum aktuellen Vorstoß von Norbert Walter-Borjans zur Bargeldbeschränkung. Der Landesverband wird deshalb in den kommenden Monaten mit Aufklärungskampagnen dazu beitragen, dass möglichst viele Bürger begreifen, was die Deckelung und schließliche Abschaffung des Bargeldverkehrs bedeutet.

Wie so viele Einschränkungen der Eigentumsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung wird auch die Beschränkung

des Bargeldverkehrs mit angeblich höherwertigen Zielen begründet: Laut Walter-Borjans ist die Deckelung der Bargeschäfte auf 2000 bis 3000 Euro ein wirksames Mittel zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung. "Damit hat der NRW-Finanzminister durchaus Recht," kann der Jurist Pretzell bestätigen, "insbesondere für die Hühnerdiebe unter den Steuertricksern wird es kein Entkommen mehr geben. Aber er verschweigt, dass nicht nur Schwarzarbeiter oder unehrliche Wirte gläserne Taschen bekommen, sondern jeder Bürger. Denn bargeldloser Zahlungsverkehr bedeutet die totale Kontrolle über alle Einnahmen und Ausgaben und ermöglicht damit ein nahezu lückenloses Profiling des Konsums, der Freizeitgestaltung und Lebensumstände". Wer sich diesem Zugriff durch den Staat beziehungsweise die Geldinstitute verweigert, gilt dann schnell als moralisch verdächtig. Oder wie Walter-Borjans gegenüber der Presse klar stellte: "Schlechte Menschen zahlen bar".

Fraglich ist laut Pretzell aber nicht nur, ob alle "guten Menschen" einer Totalkontrolle nach dem Motto "wir haben ja nichts zu verbergen", zustimmen, sondern auch, ob damit allen "großen Bösewichten" das Handwerk gelegt werden kann. "Die organisierte Kriminalität dürfte in der Lage sein, ihre Transaktionen weitgehend bargeldlos abzuwickeln. Ganz abgesehen davon, dass gerade in Nordrhein-Westfalen noch nicht alle klassischen Mittel der Kriminalitätsbekämpfung und Prävention so restlos ausgeschöpft sind, dass man nur noch auf die Deckelung des Bargeldtransfers setzen kann."

Weit besorgniserregender als diese offenen Fragen sind für den Sprecher des AfD-Landesverbandes NRW die nationalen und europaweiten finanz- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen einer Bargeldabschaffung. "Die Riege der internationalen Ökonomen, die für einen bargeldlosen Zahlungsverkehr optiert, hat klar gemacht, dass es ihr um die Manipulation der Zinsen und damit des Geldwertes geht," erläutert Pretzell. Schon

jetzt würden durch die Niedrigzinspolitik die Spareinlagen sukzessive entwertet. Insbesondere langfristige Anlagen wie Lebensversicherungen und Renten verlieren dramatisch an Wert. Kurz: Die Aufbewahrungsfunktion des Geldes ist verschwunden. Damit sollen Konsumanreize gesetzt werden, von denen sich manche Ökonomen den lang erwarteten Aufschwung in der Eurozone versprechen. Pretzell: "Kurzfristige Kaufräusche führen nicht zu einer gesunden Wirtschaft oder einer Rettung der kriselnden Euro-Staaten, sondern nur in Altersarmut und mehr Vermögensungleichheit. Am Ende des Tages sitzen die Normalbürger auf einem Berg von Waren, die sie nicht wieder zu Geld machen können – während die Wohlhabenden in Aktien, Immobilien oder Gold investieren – natürlich bargeldlos."

Der AfD-Sprecher hofft, dass nicht nur die Bürger Nordrhein-Westfalens nach den vielen gebrochenen Versprechen rund um die Euro-Einführung nun skeptischer gegenüber Eingriffen in das Geldwesen geworden sind – der Landesverband der AfD wird jedenfalls einen Teil dazu beitragen.

NRW - Bank – Abenteuerspielplatz der Landesregierung

Abschreibung von 276 Mio. Euro-Anleihe der Hypo-Alpe-Adria Bank droht – AfD NRW fordert Untersuchungsausschuss

Düsseldorf, 08.04.15. Die NRW-Bank ist die Förderbank des Landes NRW und sollte eigentlich das tun, was Förderbanken gemein hin so tun, sie sollte den Staatsauftrag erfüllen und die NRW-Wirtschaft fördern, so wie es § 5 der Satzung der Bank vorschreibt. Das Land NRW haftet nämlich als Gewährträger für

das, was in dieser Bank geschieht. Es ist keine normale Geschäftsbank.

Nun stellt man überrascht fest, dass die Bank Anleihen der maroden Hypo-Alpe-Adria-Bank, einer Bank in Österreich, im Volumen von 276 Mio. € im Portfolio hat, die nun überwiegend oder gar zur Gänze abgeschrieben werden müssen. Man fragt sich unwillkürlich, wer diesen Ankauf veranlasst und abgeseget hat, denn solche Entscheidungen kann kein Einzelner treffen. Und was hat diese marode Bank in Österreich mit NRW und dem Staatsauftrag der NRW-Bank zu tun ? Nichts.

Und dann erinnert man sich: 2010 hatte die NRW-Bank sog. CDS-Produkte (Credit Default Swaps – Derivate) im Volumen von 25 Mrd. € im Bestand, eine Summe, größer als das Eigenkapital der Bank. Auch damals konnte die Frage nach dem Sinn dieser Geschäfte nicht beantwortet werden.

2011/2012 schrieb die NRW-Bank dann insgesamt ca. 600 Mio. € auf Griechenland-Anleihen ab. War das ebenfalls ein Investment im Einklang mit dem Förderauftrag der Bank ? Natürlich nicht.

Was geschieht also in dieser Bank und wie viele Verluste an Steuergeldern werden noch eintreten bis die Politik aufwacht ? In diesem Fall ist nicht nur dringend ein Untersuchungsausschuss erforderlich, der die Verantwortung für dieses wirtschaftliche Desaster und die Verschwendung von Steuergeldern aufklärt , sondern hier sind die Beteiligten auch strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Allen voran trägt hier der Finanzminister des Landes NRW die Verantwortung, der in den Entscheidungsgremien der Bank vertreten ist. Aber auch alle anderen Parteien hatten mit ihren Vertretern Anteil an dem Desaster. Deshalb herrscht auch allgemeine Stille. Man ist vereint in der Inkompetenz.

Terror in Paris zielt auch auf Freiheit und Demokratie

Landessprecher Marcus Pretzell
zum Anschlag auf französisches Satiremagazin

Das Satiremagazin "Charlie Hebdo" im Zentrum von Paris wurde am späten Vormittag Ziel eines terroristischen Anschlags, als zwei Vermummte die Redaktion betraten und das Feuer eröffneten. Dabei wurden elf Menschen getötet und zehn verletzt, fünf von ihnen befanden sich in kritischem Zustand..

"Unser tiefes Mitgefühl gilt allen Betroffenen und ihren Angehörigen, ihnen wünsche ich in diesen schweren Stunden Kraft und Zuversicht, das Erlebte zu überwinden", bringt Marcus Pretzell, Mitglied im Europäischen Parlament, seine Anteilnahme zum Ausdruck.

Für ihn stellt dieser feige Überfall noch etwas anderes dar: "Dieser offensichtlich fundamentalistisch-religiös motivierte Anschlag ist nicht nur ein terroristischer Akt, sondern ein inakzeptabler Angriff auf unsere gesamte westeuropäische Kultur, auf Demokratie und Rechtsstaat, auf Meinungs- und Pressefreiheit!"

Das dürfe keinesfalls hingenommen werden, fährt der Rechtsanwalt fort und ergänzt: "Heute vormittag um 11:30 Uhr mussten Unschuldige in Paris für eine seit langem falsche Pfade verfolgende Politik büßen. Wann werden die Verantwortlichen endlich die Realität erkennen und ihr politisches Handeln korrigieren?"

Die Errungenschaften der freien aufgeklärten Welt gilt es ohne Wenn und Aber zu schützen – selbst, wenn dazu ein

Paradigmenwechsel erforderlich wäre.

Ein Hauch von DDR-Volkskammer – Wie die Parteien im LVR die Demokratie der Gesinnung opferten

Am Montagmittag gegen 12.00 Uhr verließen die drei Vertreter der Alternative für Deutschland (AfD), Ralf Wegener, Dr. Günter Weinert und Thomas Traeder, aus Protest die konstituierende Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland, um ihrem Unmut über die undemokratische Verfahrensweise der Landschaftsversammlung bei der Wahl der Ausschussmitglieder zu den achtzehn LVRAusschüssen Ausdruck zu geben.

„Es ist im höchsten Maße unanständig und zeugt von einem kleingeistigen Demokratieverständnis, wenn die AfD zwar aufgrund der Zusammensetzung der Landschaftsversammlung theoretisch das Recht zur Entsendung von Mitgliedern in die LVR-Ausschüsse hat, dieses Recht aber in der Praxis wegen einer gesinnungspolitischen Blockade durch die Fraktionen der etablierten politischen Parteien nicht verwirklichen kann“, erklärte AfD-Gruppengeschäftsführer Thomas

Traeder. „Die etablierten Parteien opfern damit gemeinsame demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien auf dem Altar parteipolitischer Differenzen in der Sache.

Diese Form der Diktatur der Mehrheit ist ein Armutszeugnis für die politische Kultur im Landschaftsverband Rheinland“, so Traeder.

Neben der vollständigen Blockierung von AfD-Ausschussmitgliedern durch die Landschaftsversammlung Rheinland steht insbesondere die Wertung des

Abstimmungsergebnisses zur Wahl des Landschaftsausschusses in der Kritik. Hierbei

waren die drei abgegebenen Stimmen der AfD-Gruppe für ungültig erklärt worden,

nachdem das (vorläufige) Resultat der Wahl nicht dem gewünschten Ergebnis der All-

Parteien-Koalition entsprochen hatte.

Die AfD-Gruppe in der Landschaftsversammlung wird gegen diese Art der

Ausgrenzung und Ungleichbehandlung vor dem Gesetz Rechtsmittel einlegen.

„Abweichende politische Ansichten legitimieren noch lange keine Rechtsbrüche. Die

vorgeblich bessere, moralische Gesinnung unserer politischen Gegner ist hierbei der

wahre Feind des Rechtsstaats und der Demokratie, die den Dissens braucht, wie die

Diktatur den erzwungenen Konsens“, erklärt Geschäftsführer Traeder.

Doch den LVR, in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf ...

Gruppe der Alternative für Deutschland in der Landschaftsversammlung Rheinland, Thomas Traeder

AfD appelliert an Sozialdemokraten: Zurück auf den Boden des Rechtsstaats Offener Brief an Hannelore Kraft und Jochen Ott

Alternative für Deutschland
Landesverband Nordrhein-Westfalen

PRESSEMITTEILUNG

NRW / Köln. Am vergangenen Samstag störten etwa 50 Aktivisten aus dem linksextremen Milieu den Kreisparteitag der Alternative für Deutschland in Köln. Erst nach Eintreffen der Polizei konnte die Veranstaltung stattfinden.

Auf diese undemokratische Agitation reagierte die Alternative für Deutschland AfD NRW jetzt mit einem offenen Brief an die Verantwortlichen, die Vorsitzende des SPD-Landesverbands NRW, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, und den Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Köln, Jochen Ott.

Der Sprecher der nordrhein-westfälischen AfD, Marcus Pretzell, und der Kölner Kreissprecher Jochen Haug missbilligen mit klaren Worten den Aufruf einer SPD-Gliederung, den Kölner Kreisparteitag der Alternative für Deutschland zu stören: „Dieses Niveau einer politischen Auseinandersetzung ist einer stolzen und geschichtsträchtigen Partei wie der SPD unwürdig.“ Es sorge für große Irritationen, dass sie Gewalt gegen politische Wettbewerber in Kauf nähme.

Weiter heißt es in dem Brief: „Die SPD stellt in NRW den Innenminister, sie ist seit Jahrzehnten fast ununterbrochen

Regierungspartei in unserem Bundesland. Ihr obliegt daher eine besondere Verantwortung für unser Land. Wenn sie es zulässt, dass auch nur leise Zweifel an ihrer demokratischen und rechtsstaatlichen Ausrichtung aufkommen, dann schadet dies dem Vertrauen in unsere ganze Rechtsordnung und Demokratie.“

Alternative für Deutschland Anlage: Offener Brief an SPD NRW
Landesverband NRW
Berliner Allee 67
40212 Düsseldorf

geschaeftsstelle@nrw-alternativefuer.de
Fon 0211 54 76 14 10

Alternative für Deutschland NRW • Berliner Allee 67 • 40212
Düsseldorf

www.nrw-afd.de

Alternative für Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen
• Kreisverband Köln

SPD Nordrhein-Westfalen

Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

Kavalleriestraße 16

40213 Düsseldorf

SPD Köln Herrn Jochen Ott

Magnusstraße 18b

50672 Köln

Offener Brief: Parteitag der AfD Köln am 13. September 2014

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, sehr geehrter Herr Ott, am vergangenen Samstag veranstaltete der Kreisverband Köln der Alternative für Deutschland seinen Parteitag im Vereinsheim eines Sportclubs im Stadtbezirk Rodenkirchen. Im Vorfeld wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass auf der Website „Das-Wir-im-Kölner-Norden.de“ zu Störungen dieser Veranstaltung aufgerufen wurde.

Wörtlich hieß es dort: „Im Laufe dieser Woche werden wir unseren Treffpunkt und Twitter-Account hier veröffentlichen. Stellt euch vor, wir wären früher vor Ort und mehr als die AfD Mitglieder ;o)“, offensichtlich keine leere Drohung: Auf der

Website von „Occupy Düsseldorf“ fand sich dann folgender Hinweis: „Die rechtspopulistische #AfD will ihren Parteitag in #Köln ‘feiern’, das darf nicht einfach so hingenommen werden. Treffpunkt zum Gegenprotest: Samstag, 13.09. um 10 Uhr an der KVB Haltestelle Siegstrasse. Da sollten auch Düsseldorfer mal stromaufwärts rudern.“

Tatsächlich verschafften sich ca. 50 Aktivisten aus dem linksextremen Milieu am Vormittag des 13. September Zugang zum Gelände des Sportvereins und versuchten durch militantes Auftreten unsere Mitglieder einzuschüchtern und den Parteitag zu verhindern. Die Störer gaben sich teilweise als Angehörige der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend SDAJ“ zu erkennen, eine Organisation die seit Jahren von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet wird.

Trotz der massiven Einschüchterungs- und Sabotageversuche durch die Linksextremen gelang es unseren Mitgliedern letztlich, den Parteitag durchzuführen. Allerdings erst, nachdem die Polizei für Ordnung gesorgt hatte.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, sehr geehrter Herr Ott, wir würden sie in der Angelegenheit nicht behelligen, wenn die Initiative zu dieser Störung nicht ganz eindeutig aus den Reihen Ihrer Partei stammen würde. Die Website „Das-Wir-im-Kölner-Norden.de“ verfügt zwar über kein ordentliches Impressum, ist aber ganz offensichtlich die Präsenz der SPD-Gliederung im Stadtbezirk Chorweiler. Auch auf unsere Bitte hin wurde der Beitrag nicht entfernt.

Wir mögen politisch nicht einer Meinung sein. Unsere Meinungen liegen sogar weit auseinander. Aber diese Art der Auseinandersetzung ist einer so stolzen und geschichtsträchtigen Partei wie der SPD unwürdig. Es irritiert, wenn Ihre Reihen dulden, dass die Rechte demokratischer Wettbewerber mit Gewalt ausgehebelt werden sollen.

Die SPD stellt in NRW den Innenminister, sie ist seit Jahrzehnten fast ununterbrochen Regierungspartei in unserem Bundesland. Ihr obliegt daher eine besondere Verantwortung für unser Land. Wenn sie es zulässt, dass auch nur leise Zweifel

an ihrer demokratischen und rechtsstaatlichen Ausrichtung aufkommen, dann schadet dies dem Vertrauen in unser ganze Rechtsordnung und Demokratie.

Wir rufen Sie daher auf: Stellen Sie sich dem politischen Wettbewerb mit uns! Bekämpfen Sie uns, wie es sich für Demokraten gehört: Mit Argumenten – nicht mit Gewalt!

Mit freundlichen Grüßen

Marcus Pretzell MdEP,

Sprecher der Alternative für Deutschland Landesverband NRW

Jochen Haug,

Sprecher der Alternative für Deutschland Kreisverband Köln